

NDR Info Das Forum
STREITKRÄFTE UND STRATEGIEN
Andreas Flocken

01.06.2019 /19.20-19.50 Uhr
02.06.2019 /12.30-13.00 Uhr
E-Mail: streitkraefte@ndr.de
www.ndr.de/streitkraefte

Inhalt:

- Warten auf neue Marineschiffe – das Trauerspiel mit der Fregatte 125
- Inflation der Dienstgrade – Streit um Korporale für die Bundeswehr
- Militarisierung des Alls – Weltraum als Stiefkind der Rüstungskontrolle?

Zur Verfügung gestellt vom NDR
Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für private Zwecke des Empfängers benutzt werden. Jede andere Verwendung (z.B. Mitteilung, Vortrag oder Aufführung in der Öffentlichkeit, Vervielfältigung, Bearbeitung, Übersetzung) ist nur mit Zustimmung des Autors zulässig. Die Verwendung für Rundfunkzwecke bedarf der Genehmigung des NDR.

Willkommen zu unserer Sendereihe, am Mikrofon begrüßt Sie Andreas Flocken.

Heute geht es um diese Themen:

- Warten auf neue Marineschiffe - das Trauerspiel mit der Fregatte 125
- Inflation der Dienstgrade – Streit um Korporale für die Bundeswehr
- Und:
- Militarisierung des Alls – Weltraum als Stiefkind der Rüstungskontrolle?

Die Marine wartet nicht nur auf die Gorch Fock, sondern seit mehr als vier Jahren auch auf die neuen Fregatten der 125-Klasse. Vier Schiffe hatte die Bundeswehr vor langer Zeit bestellt - für mehr als drei Milliarden Euro. Doch wie bei fast allen Rüstungsprojekten gab es auch mit diesem Schiff Probleme über Probleme. Die Auslieferung wurde immer wieder verschoben, sehr zum Verdruss der Marine. In diesem Monat nun soll die erste F125-Fregatte endlich in Dienst gestellt werden. So hat es die Verteidigungsministerin angekündigt. Al-

lerdings gibt es weiterhin Probleme bzw. offene Fragen. Axel Schröder weiß mehr:

Manuskript Axel Schröder

Atmo Musik-Kapelle

Im Dezember 2013 ist im Dock der Hamburger Blohm & Voss-Werft viel Prominenz aus dem Verteidigungsministerium versammelt. Das Marinemusikkorps Nordsee spielt auf, die Ehefrau des baden-württembergischen Ministerpräsidenten, Gerlinde Kretschmann, lässt eine Sektflasche am Bug der neuen Fregatte zerplatzen. Stephane Beemelmans, damals Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, erklärt, die „Baden-Württemberg“ sei maßgeschneidert für das Einsatzprofil nach dem Ende des Kalten Krieges:

O-Ton Beemelmans

„Die Fregatte der Klasse 125 ist eine Schiffsklasse der Deutschen Marine, die konsequent von den neuen Einsatzszenarien ausgehend entworfen wurde und in besonderer Weise für diese neuen Aufgaben geeignet sein wird. Im Vordergrund stehen damit zunächst Einsätze – wie wir es in unserer Sprache sagen – geringer und mittlerer Intensität wie Seeraum- und Embargo-Überwachung, Evakuierungsoperationen und Bekämpfung der Piraterie.“

Nur wenige Monate nach Beemelmans Rede annektierte Russland die Krim. Die vom Staatssekretär skizzierte Bedrohungslage hat sich seitdem geändert und damit auch die Anforderungen an deutsche Kriegsschiffe. Heute gehe es eben nicht mehr allein darum, die Fregatten nur für Konflikte mit geringer und mittlerer Intensität bereitzuhalten, sagt der Wehrbeauftragte des Bundestages, der Sozialdemokrat Hans-Peter Bartels:

O-Ton Bartels

„Es ist ein bisschen eine Fregatte, die aus der Zeit von vor 2014 stammt, als eben symmetrische Auseinandersetzungen nicht im Vordergrund standen. Heute sagen wir, die Bundeswehr muss zu beidem in der Lage sein: sie muss die Auslandseinsätze wie bisher leisten – und da haben wir Stabilisierungsmissionen, Überwachungsmissionen, Ausbildungsmissionen, an denen sich die Marine beteiligt – und sie muss auch zur kollektiven Verteidigung fähig sein gegen einen symmetrischen Gegner.“

Heinz Dieter Jopp sieht es genauso. Vier Jahrzehnte lang war Jopp Marineoffizier und hat den Fachbereich Sicherheitspolitik und Strategie an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg geleitet. Jopp verweist auf die zumindest in Teilen modernisierte russische Flotte, die auch die Deutsche Marine im Ostseeraum vor neue Herausforderungen stelle.

O-Ton Jopp

„Damit kommen sie zu alten, klassischen Forderungen: sie brauchen eine Fregatte, einen Fregattentyp, der letztendlich für Luftkampf, für U-Jagd und andere Dinge geeignet ist. Und dafür ist die F125 nicht geeignet.“

Ist das rund 800 Millionen Euro teure Kampfschiff also eine Fehlplanung? Und nur bedingt für die neuen militärischen Herausforderungen zu gebrauchen? Fregattenkapitän Marco Thiele vom Bundeswehrverband, der Interessenvertretung der Soldaten, verweist auf die Planungszeiträume für neue, komplexe Waffensysteme. Die seien in Deutschland zwar viel zu lang. Allerdings dürfe niemand erwarten, dass eine noch so neue und moderne Fregatte alle Fähigkeiten an Bord haben könnte, um für ganz unterschiedliche Einsätze gewappnet zu sein:

O-Ton Thiele

„Wenn wir ein Kriegsschiff Richtung Krim schicken würden – mit sehr viel Konjunktiv versehen, bitte – ist das natürlich immer sehr schwer. Weil ich diese Schiffe, die ich in dem Moment brauche, vielleicht nicht immer habe. Das heißt, diesen Allrounder, die eierlegende Wollmilchsau, das gibt es nicht! Das ist schlechterdings unmöglich. Oder sie gehen in Größen rein, wo sie dann wirklich alles abbilden könnten, was sie wollen. Dann kriegen sie dieses Schiff aber nicht mehr in deutsche Häfen rein. Diese Schiffe gibt es nicht!“

Nicht nur die Fähigkeiten der neuen Marine-Fregatten bereiten Probleme. Dazu kommen die über vier Jahre verspätete Lieferung des ersten Schiffs der 125er Klasse und die fehlende Ausbildungseinrichtungen für die Besatzung. Dabei soll doch ein Vorteil des neuen Schiffstyps gerade das sogenannte Mehrbesatzungskonzept sein, das eine Intensivnutzung der F125 möglich machen sollte. Ursprünglich war geplant, acht Mannschaften für die vier bestellten Fregatten auszubilden. Die F125 sollten rund zwei Jahre im Einsatzgebiet bleiben können, nur die Besatzungen würden alle vier Monate ausgetauscht werden. Lange Fahrten der Schiffe vom Einsatzort zum Heimathafen und zurück sollten

so entfallen. Aber dieses Konzept wird nicht aufgehen. Der Grund: das Ausbildungszentrum in Schleswig-Holstein wird erst Ende der Zwanzigerjahre fertig sein. Scharfe Kritik daran kam unter anderem vom Präsidenten des Bundesrechnungshofs Kay Scheller:

O-Ton Scheller

„Man hat nicht mit nötigem Nachdruck geplant, man hat nicht mit nötigem Nachdruck dieses Einsatz-Ausbildungskonzept realisiert mit den entsprechenden Ausbildungsstätten an Land. Das ist versäumt worden. Darauf haben wir hingewiesen. Jetzt sind wir in die Situation geraten, wo wir über zehn Jahre die Fregatten nicht so nutzen können wie eigentlich geplant. Und das bei einer Gesamtlebensdauer von 30 Jahren. Und das ist fragwürdig und das ist schlecht.“

Jahrelang hat die Marine auf die Fregatten gewartet. Und jetzt, wo sie ausgeliefert werden, fehlen die Besatzungen? Auch Hans-Peter Bartels, der Wehrbeauftragte des Bundestages, wundert sich:

O-Ton Bartels

„Da fragt man sich auch: wenn die Schiffe schon so viel Verzögerung haben, warum ist dann nicht wenigstens die landseitige Ausbildungseinrichtung fertig?“

Eine Antwort auf diese Frage müsse vor allem die Entscheidungsstrukturen innerhalb der Bundeswehr und innerhalb des Verteidigungsministeriums im Blick haben, so Bartels:

O-Ton Bartels

„Dann gibt es, was das Management angeht, würde ich mal sagen, eine Verantwortungsdiffusion, eine so verzweigte Verantwortungskultur, wo an jeder einzelnen Entscheidung so viele Leute mitwirken, dass am Ende keiner mehr wirklich verantwortlich ist oder sich auch wirklich verantwortlich fühlen müsste. Abgesehen davon, dass er vielleicht zwei Jahre später an einer anderen Stelle in der Bundeswehr sitzt und andere Mitverantwortung trägt, aber die nicht mehr. Dieses ‚Verantwortung aus einer Hand‘, das ist immer weiter zurückgegangen. Das ist nicht gut für Militär. Das Militär braucht klare Verantwortungsstrukturen.“

Tobias Lindner, Obmann der Grünen im Verteidigungsausschuss, fordert deshalb, auch die zentrale Stellung des 2012 geschaffenen „Bundesamtes für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr“ – kurz BAAINBw - in Koblenz zu überdenken. Das BAAINBw ist zuständig für sämtliche Rüstungsvorhaben sowie Modernisierungen und Instandhaltungsprozesse des

Heeres, der Luftwaffe und Marine. Dass aber der zuständige Projektoffizier für Neubau und Instandsetzung in Koblenz und nicht direkt vor Ort an der Küste sitzt, erzeuge eine unnötige Distanz, sagt Marco Thiele vom Bundeswehrverband. Auch die Idee aus dem Verteidigungsministerium, als Konsequenz aus der Gorch-Fock-Affäre die Dienstposten im Marinearsenal dem BAAINBw direkt zuzuordnen, findet Thiele wenig überzeugend:

O-Ton Thiele

„Dass da dann nicht mehr ‚Marinearsenal‘ an der Tür steht, sondern ‚BAAINBw‘, das heißt, die Verantwortung soll mehr in BAAINBw gehen, sicherlich auch verursacht durch diese unsägliche Geschichte mit der Bestechung im Rahmen der ‚Gorch Fock‘. Aber ich glaube, – ich möchte das jetzt einfach mal so bezeichnen – dass man das Problem der dummen Menschen nicht dadurch löst, dass man die Türschilder ändert. Sondern da muss man die dummen Menschen entfernen.“

Dass mit der „Baden-Württemberg“ die erste der vier neuen Fregatten in diesem Monat mit über vierjähriger Verspätung in Dienst gestellt wird, hat mehrere Gründe. Erst gab es auf Herstellerseite, bei ThyssenKrupp-Marine Systems und der Lürssen-Werft, u.a. Probleme mit dem Außenanstrich, der sich ablöste. Das gleiche Problem gab es bei der Brandschutzbeschichtung im Inneren des Schiffs. Dazu kamen zusätzliche Wünsche nach dem Einbau modernerer Technik von Seiten des Verteidigungsministeriums. Und schließlich, so Hans Christoph Atzpodien vom Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie BDSV, wurden während der Bauzeit strengere Sicherheitsauflagen für die Schiffe verabschiedet:

O-Ton Atzpodien

„Hier ging es also um Anforderungen an Rettungsinseln oder die Anbringung von Feuerlöschern. Das hört zunächst mal relativ begrenzt an, auf einen relativ kleinen Rahmen. Aber das kann zu gravierenden Konstruktionskonsequenzen führen. Und so war das hier wohl bei der F125. Man musste sehr viel an dem Schiff umkonstruieren.“

Und als vor rund einem Jahr die Abnahme der Fregatte „Baden-Württemberg“ durch die Bundeswehr anstand, kam es zu Problemen mit der Elektronik, unter anderem für die Aufklärungssysteme des Schiffs. Die Bundeswehr entschied sich zum ersten Mal, die Abnahme zu verweigern und Nachbesserungen von der Industrie zu verlangen. Wegen der Mängel wurde – so das Verteidigungs-

ministerium wörtlich – ein „signifikanter Einbehalt vom Kaufpreis vereinbart“. Die genaue Summe wollte die Bundeswehr allerdings nicht nennen. Glaubt man Hans Christoph Atzpodien, der früher selbst bei ThyssenKrupp Marine Systems tätig war, wären derartige Verzögerungen vor allem dann vermeidbar, wenn die Schiffe in größerer Stückzahl bestellt würden:

O-Ton Atzpodien

„Wir plädieren dafür, dass, wenn jetzt eine nächste Serie von großen Kampfschiffen aufgelegt wird, dass man sich möglichst an den Serieneffekten aus dem, was man schon hat, orientiert. Damit man eben die Potenziale für irgendwelche Projektabweichungen möglichst gering hält.“

Einen etwas anderen Weg schlägt dagegen der ehemalige Marineoffizier Heinz Dieter Jopp vor.

O-Ton Jopp

„Warum nicht in der Zukunft Schiffe als Plattformen konstruieren, die relativ einfach gebaut sind und wo sie vielfach letztendlich nur durch den Austausch von Modulen unter Deck, an Oberdeck in der Lage wären, die Schiffe zu modernisieren? Von der Idee her wäre das technologisch möglich. Aber in der Vergangenheit gab es immer wieder, auch von der Werftenindustrie, die eierlegende Wollmilchsau-Lösung, die dann für alles und nichts funktionierte, vor allem aber: die sie dann nicht mehr genügend modernisieren konnten.“

Vor allem müsse, so Jopp, endlich ernsthaft darüber nachgedacht werden, wie Kriegsschiffe als Kooperationsprojekte auf europäischer Ebene konzipiert werden können. Trotz der Erfahrungen mit dem Eurofighter, bei dem Sonderwünsche der einzelnen Länder zu hohen Zusatzkosten geführt hatten. Immerhin, so Jopp, gehe es am Ende für französische, britische, spanische oder deutsche Marineeinheiten um identische Einsatzzwecke.

O-Ton Jopp

„Ich kann mir nicht vorstellen, dass eine U-Jagd-Bedrohung aus der Sicht Großbritanniens im Nordatlantik anders ausfällt als eine U-Jagd-Bedrohung vor Norwegen oder auch vor Deutschland.“

* * *

Flocken

Ein Bericht von Axel Schröder. Mehr zum Thema auf der Internetseite von Streitkräfte und Strategien unter ndr.de/streitkraefte. Dort finden Sie auch die Interviews mit Marco Thiele und Heinz Dieter Jopp.

Jeder Soldat hat einen Dienstgrad. Für Außenstehende kann das durchaus verwirrend sein. Denn die Bundeswehr hat bereits jetzt mehr als 30 Dienstgrade. Und demnächst sollen nach dem Willen des Verteidigungsministeriums noch zwei weitere hinzukommen. Allerdings – bei den Soldaten stößt diese Dienstgrad-Inflation auf Kritik und wird nicht überall begrüßt. Zu den Hintergründen – Julia Weigelt:

Manuskript Julia Weigelt

Die Dienstgrade bei der Bundeswehr unterteilen sich grob in die Gruppen Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften. Mannschaften – das waren früher vor allem Wehrpflichtige. Eingesetzt wurden sie beispielsweise als Funker, Infanteristen, Kraftfahrer oder als Soldaten im Geschäftszimmer der Kompanien. Heute werden diese Funktionen ausgeübt von Freiwillig Wehrdienstleistenden oder Zeitsoldaten. In diesem Bereich sind 3.100 Stellen - bzw. Dienstposten, wie es in der Bundeswehr heißt - zurzeit unbesetzt. Um Zeitsoldaten zu motivieren, ihre Verträge zu verlängern und die Motivation bei den Mannschaften grundsätzlich zu erhöhen, will das Verteidigungsministerium zwei neue Dienstgrade einführen: den „Korporal“ und den „Stabskorporal“. Bislang gibt es bei den Mannschaften sechs Dienstgrade:

O-Ton Sprecher

„Soldat, Gefreiter, Obergefreiter, Hauptgefreiter, Stabsgefreiter, Oberstabsgefreiter.“

Den Oberstabsgefreiten führte die Bundeswehr 1996 als bislang jüngsten Dienstgrad ein. Er ist gegenwärtig sozusagen der Spitzendienstgrad in der Laufbahn der Mannschaften. Wegen seiner fünf Schrägbalken auf den Schulterklappen wurde er schnell als „Nato-Zebra“ belächelt.

Jetzt also einen siebten und achten Dienstgrad bei den Mannschaften? Oberstabsgefreiter Dario Blenich vom Gesamtvertrauenspersonenausschuss der Bundeswehr ist dagegen.

O-Ton Blenich

„Wir haben jetzt schon keine Differenzierung zwischen den Dienstgraden, wir haben jetzt schon eine Dienstgrad-Inflation. Wir haben sehr kurze Zeiten, bis jemand befördert wird und dann auch den Enddienstgrad erreicht.“

Oberstabsgefreiter können Mannschaftssoldaten nach vier Jahren Dienstzeit werden. Dann ist das Karriereende erreicht - auch, wenn die Frauen und Männer noch 21 Jahre Dienstzeit vor sich haben. Denn die maximale Verpflichtungsdauer hat das Verteidigungsministerium vor einiger Zeit auf 25 Jahre erhöht. Dario Blenich:

O-Ton Blenich

„Den Zeitsoldat 25 Jahre hat man damals ja nur aus der Not heraus gemacht, weil die Wehrpflicht weggebrochen ist. Man hatte dann keine Möglichkeiten mehr, die Rekrutierungsmöglichkeiten der Grundwehrdienstleistenden abzuschöpfen, und da hat man gesagt: Bevor wir jetzt gar keinen mehr auf dem Hof stehen haben, verlängern wir die, die da sind.“

Mannschaftssoldaten mit 25-Jahres-Verträgen - das soll es laut Blenich in Zukunft allerdings nicht mehr geben. So sehe es das aktuelle Personalstärke-Steuerungsmodell des Verteidigungsministeriums vor. Der Oberstabsgefreite begrüßt das, denn betroffene Mannschaftssoldaten bekommen später einmal eine Rente...

O-Ton Blenich

„...die aufgrund dieser geringen Besoldungsstufe, die die Mannschaften haben, sehr sehr gering ausfällt. Da sind wir regelmäßig schon in der Nähe von Hartz IV, ein bisschen mehr. Aber viel ist es nicht, was da rumkommt. Deswegen geht die Bundeswehr auch zurück und sagt: Nein, Mannschaften werden nicht mehr so lang weiter verpflichtet. Wenn ihr länger machen wollt, dann müsst ihr auch einen Laufbahnwechsel machen. Und das halten wir auch für richtig.“

Einen Laufbahnwechsel machen - das bedeutet zusätzliche Lehrgänge, wieder die Schulbank drücken, um dann von der Dienstgradgruppe der Mannschaften in die der Unteroffiziere aufzusteigen. Ein Aufstieg, an dem die Bundeswehr großes Interesse hat. Denn nicht nur Waffensysteme, sondern auch die zu-

nehmende Zusammenarbeit mit internationalen Streitkräften und zivilen Akteuren wird immer komplizierter. Da sind gut ausgebildete Fachkräfte gefragt. Mannschafts-Soldaten sollen mit mehr Geld und zivil anerkannten Abschlüssen zum Aufstieg und Laufbahnwechsel motiviert werden. Demnächst sollen auch Unteroffiziere die Möglichkeit bekommen, als Berufssoldat bis zur Pension bei der Truppe zu bleiben. Bisläng erhielten normale Unteroffiziere nur Zeitverträge. Bei den Mannschaften soll das auch in Zukunft so bleiben, um ihre Wechselmotivation nicht zu hemmen, so eine Ministeriumssprecherin auf Anfrage von NDR Info.

Diese Motivation werde mit der Einführung der Dienstgrade „Korporal“ und „Stabskorporal“ auch aus finanziellen Gründen allerdings deutlich sinken, sagt Oberstleutnant Detlef Buch vom Deutschen Bundeswehrverband, also der Interessenvertretung der Soldaten.

O-Ton Buch

„Wenn wir jetzt mal auf die Gruppe da drüber schauen, auf die Feldwebel: Wenn wir einen Feldwebel haben, der eine sehr aufwendige Ausbildung im mittleren Dienst macht, der viele Laufbahnlehrgänge machen muss, der im Prinzip die ersten drei Jahre seiner Dienstzeit in Deutschland nur unterwegs ist, eine Schule nach der anderen absolviert, dann fragt der sich natürlich zu Recht: Inwiefern lohnt es sich eigentlich noch, Feldwebel zu werden, wenn wir dann den Korporal oder den Stabskorporal haben, der letztlich im Monat so Pi mal Daumen gerade mal 50 bis 60 Euro weniger bekommt. Oder besser gesagt: Der Feldwebel bekommt 60 Euro mehr.“

Neben der verringerten Aufstiegsmotivation haben die Mannschaften auch mit emotionalen Herausforderungen zu kämpfen. Sie sind unsicher, wie sich ihre Arbeit und Position in der Bundeswehr-Hierarchie durch die Einführung der beiden neuen Spitzdienstgrade verändert, sagt Oberstleutnant Detlef Buch.

O-Ton Buch

„Deswegen lehnen auch die meisten Mannschaften, mit denen wir reden - wir haben dazu letztes Jahr auch eine große Konferenz gemacht - die Einführung dieser neuen Dienstgrade ab.“

Angst vor Veränderung haben auch Zivilbeschäftigte der Bundeswehr, sagt der Verbandssprecher. Die neuen Korporale könnten den zivilen Angestellten Arbeit wegnehmen, befürchten diese. Der Bundeswehrverband appelliert deswe-

gen an das Ministerium, das - so wörtlich – „innere Gefüge der Streitkräfte“ nicht zu beschädigen.

Trotz all dieser Argumente ist der Bundeswehrverband aber nicht gegen die Einführung der neuen Dienstgrade. Die Begründung dafür bleibt aber vage. Der Verband wolle sich dem Fortschritt nicht versperren, er solle nur durchdacht sein, sagt Oberstleutnant Buch. Was der Bundeswehrverband damit aber genau meint, bleibt offen.

Eine klare Position hat dagegen der Oberstabsgefreite Dario Blenich vom Gesamtvertrauenspersonenausschuss. Er ist gegen die Einführung der beiden neuen Korporal-Dienstgrade. Denn laut Blenich wären Angehörige der Mannschaften dann weniger motiviert, zusätzliche Ausbildungen für einen Laufbahnwechsel auf sich zu nehmen.

O-Ton Blenich

„Militär kann nur funktionieren, wenn die besten Leute weiterkommen. Und wenn man Leuten einfach keine Motivation gibt, sich weiterzuentwickeln, dann bricht das System zusammen. Dann werden die Leute einfach nur älter, aber nicht besser.“

Eine Beobachtung, die auch der Oberstabsgefreite Robert Kontny gemacht hat. Er ist ebenfalls Mitglied im Gesamtvertrauenspersonenausschuss.

Kontny sagt, die Mannschaftssoldaten der Bundeswehr wehrten sich entschieden gegen die neuen Dienstgrade Korporal und Stabskorporal. Vertreter der Soldaten hätten sich auch schon direkt an Generalinspekteur Eberhard Zorn und Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen gewandt. Besonders empört sind sie von der Aussage des Ministeriums, der Ruf nach den neuen Dienstgraden sei aus der Truppe an die Führungsebene herangetragen worden.

Im Verteidigungsministerium dürfte man von der herben Kritik der Mannschaften einigermaßen überrascht sein - sollte die Einführung der beiden Dienstgrade doch gerade denen zu Gute kommen, die sie jetzt offenbar mehrheitlich ablehnen – trotz der damit verbundenen höheren Vergütung. Die neuen Dienstgrade Korporal und Stabskorporal sind Teil einer umfangreichen Perso-

nalstrategie, die die Laufbahnen in der Bundeswehr weiterentwickeln soll. Dabei sollte eigentlich besonders auf die Bedürfnisse der Truppe eingegangen werden, wie eine Sprecherin des Ministeriums mitteilte. Zitat:

Zitat

„Daher verfolgen wir mit der Einführung der neuen Dienstgrade die Absicht, die tatsächlich anfallenden, insbesondere mit herausgehobenen Tätigkeiten und Verantwortlichkeiten verbundenen Aufgaben im Truppendienst sachgerechter und differenzierter ausbringen zu können. Darüber hinaus soll das Leistungsprinzip in dieser Laufbahn gestärkt werden. Die neuen Mannschaftsdienstgrade sollen den leistungsstärksten Soldatinnen und Soldaten ihrer Laufbahn nach dem Prinzip der Bestenauswahl vorbehalten bleiben.“

Das Projekt Korporal sei Ergebnis eines 16-monatigen Partizipations- und Abstimmungsprozesses unter Einbindung aller Akteure, auch der Mannschaftsoldaten. Von ihnen gebe es laut Ministerium sicherlich Kritik, aber auch viel Unterstützung für eine neue Karriere-Perspektive. Von ihren Plänen will Ministerin von der Leyen nicht abrücken.

Inzwischen liegt der Vorgang „Korporal“ beim Innenministerium, das für Besoldungsfragen zuständig ist. Dort wird nach Angaben eines Sprechers gerade an einer Novelle des Besoldungsrechts gearbeitet, bei dem sich mehrere beteiligte Ressorts abstimmen. Die neuen Bundeswehr-Dienstposten „Korporal“ und „Stabskorporal“ sollen demnach in die bestehende Gehaltsstruktur eingefügt werden. D.h., es gibt mit der Beförderung mehr Geld, eine neue Besoldungsgruppe ist allerdings nicht geplant. Denn die hätte Auswirkungen auf alle Bundesbeamte - auch in Ministerien, an Bundesgerichten oder bei der Bundespolizei. Diesen Verwaltungsaufwand will sich der Bund sparen.

Mit einer tatsächlichen Einführung der neuen Mannschaftsdienstgrade ist laut Verteidigungsministerium frühestens 2021 zu rechnen. Dann wird auch noch der Bundespräsident beteiligt, der die neuen Ränge förmlich anordnen muss. Klar ist allerdings schon jetzt: Die Dienstgrade Korporal und Stabskorporal werden bei den Betroffenen in der Truppe weiterhin für Diskussionen sorgen.

* * *

Flocken

Julia Weigelt über zwei umstrittene neue Dienstgrade bei der Bundeswehr.

Der Weltraum wird für das Militär immer wichtiger – insbesondere für die Großmächte. Ohne Satelliten keine Aufklärung und keine Kommunikation. Die USA sind zudem dabei, eine Space Force, eine Weltraumstreitmacht, aufzustellen. Im All droht also ein Rüstungswettlauf. Zu kurz kommt dagegen die Rüstungskontrolle für diesen Bereich. Woran liegt das? Jerry Sommer ist dieser Frage nachgegangen:

Manuskript Jerry Sommer

Etwa 2.500 aktive Satelliten kreisen im Weltall. Für den Alltag der Menschen, für das Funktionieren von Gesellschaft und Wirtschaft werden sie immer wichtiger. Auch das Militär setzt auf satellitengestützte Kommunikation. Etwa 40 Prozent aller Satelliten kommen aus den USA – die meisten der militärisch genutzten Satelliten gehören den US-Streitkräften. Doch die Trump-Administration sieht die US-Dominanz bedroht. Der amtierende US-Verteidigungsminister Patrick Shanahan stellte Ende März fest, es gebe Handlungsbedarf:

O-Ton Shanahan

„My goal, and the department's goal, is to grow what we call our margin of dominance in space.”

Das Ziel des Pentagon sei, diese US-Überlegenheit noch weiter auszubauen.

Dazu arbeiten die USA auch an Waffen, die im Weltall stationiert werden sollen. 380 Millionen Dollar will das Pentagon ausgeben, um bis 2023 eine weltraumgestützte Teilchenstrahlenwaffe zu entwickeln. Außerdem werden Studien über weltraumstationierte Laserwaffen zur Raketenabwehr erstellt. Doch solche Systeme könnten nicht nur zur Abwehr von Raketen eingesetzt werden, warnt die Weltraumexpertin Laura Grego von der US-Wissenschaftlerorganisation „Union of Concerned Scientists“:

O-Ton Grego (overvoice)

„Im Weltall stationierte Raketenabwehrsysteme können auch gegen Satelliten gerichtet werden. Wenn diese Pläne umgesetzt werden, wäre das eine sehr besorgniserregende Entwicklung. Erstmals würde damit eine bisher respektierte Grenze überschritten.“

Noch sind keine Waffen im Weltraum stationiert. Manche Beobachter halten die US-Pläne zwar für unrealistisch. Aber schon entsprechende Planungen bleiben nicht ohne Folgen, warnt Götz Neuneck vom Hamburger „Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik“:

O-Ton Neuneck

„Man verkennt dabei, dass auch andere Staaten dann in eine Form von Wettrennen einsteigen. Es wäre klüger, man würde so etwas von vorne herein verbieten.“

Völkerrechtlich ist die militärische Nutzung des Weltraums zurzeit nicht grundsätzlich verboten. Es gibt zwar den Weltraumvertrag von 1967. Er verbietet allerdings lediglich die Stationierung von Atomwaffen und anderen Massenvernichtungswaffen im All.

Objekte im Weltraum können aber auch von der Erde aus zerstört werden. Es hat bereits mehrere solcher Tests gegeben. Ende März vernichtete Indien einen eigenen Satelliten mittels einer vom Boden gestarteten Rakete. Solche Anti-Satelliten-Waffen besitzen auch die USA, Russland und China. Eine andere Möglichkeit erläutert der Physiker Götz Neuneck vom Hamburger „Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik“:

O-Ton Neuneck

„Man versucht, von der Erde aus Einfluss zu nehmen auf den Betrieb von Satelliten. Dazu gehört das Jamming - also das Bestrahlen von Satelliten -, Cyberangriffe und Laserwaffen, die sozusagen Satelliten blenden können.“

Inzwischen sind auch manövrierbare Satelliten entwickelt, die sowohl zivil als auch militärisch genutzt werden könnten, erläutert der Weltraumexperte Daniel Porras vom UN-Institut für Abrüstungsforschung in Genf:

O-Ton Porras (overvoice)

„Einige Wartungssatelliten können Weltraumschrott einsammeln, was sehr nützlich ist. Aber sie können auch Satelliten kapern. Zum Beispiel hat die Universität von Surrey kürzlich eine Harpune entwickelt, die Objekte im All aufspießt und entfernen kann. Das kann sehr sinnvoll sein – diese Harpune ist aber zugleich auch eine potenzielle Waffe.“

Die Gefahr einer Militarisierung des Weltraums beschäftigt schon seit Jahrzehnten die Vereinten Nationen. China und Russland haben 2014 einen Entwurf für einen Vertrag vorgelegt, der die Stationierung von Waffen im Weltraum sowie die Androhung und Anwendung von Gewalt gegen Weltraumobjekte verbietet. Doch bis heute hat es hierüber keine Verhandlungen gegeben. Sie sind auch nicht zu erwarten. Denn die USA lehnen jegliche weitere vertragliche Begrenzung von Waffensystemen im Weltraum ab. Begründung: Damit würden auch US-Raketenabwehrsysteme im All verboten, die die USA schützen könnten. Diese Verweigerungshaltung kritisiert Laura Grego von der US-Wissenschaftlerorganisation „Union of Concerned Scientists“:

O-Ton Grego (overvoice)

„Ich glaube nicht, dass das im US-Interesse ist. Schließlich haben die USA im Weltraum am meisten zu verlieren. Wir sollten lieber darüber nachdenken, wie wir die Sicherheit im Weltraum erhalten. Ohne die Begrenzungen von Technologien und Einschränkungen von Verhaltensweisen werden die Risiken aber zunehmen. Darin sehe ich keine Vorteile.“

In der UN-Generalversammlung werden jedes Jahr mit großer Mehrheit Resolutionen verabschiedet, die sich gegen eine Stationierung von Waffen im Weltraum aussprechen. Washington hat im Dezember zum ersten Mal gegen eine solche EntschlieÙung gestimmt – in den vergangenen Jahren hatten sich die USA in der Regel enthalten. Deutschland und die meisten anderen Bündnispartner der USA votierten hingegen meistens dafür oder enthielten sich in wenigen Fällen wie die US-Regierung.

Allerdings: Kein NATO-Mitglied möchte in konkrete Vertragsverhandlungen mit Russland und China sowie den vielen anderen Staaten eintreten, die einen Verbotsvertrag unterstützen. Zweifellos sind eine Reihe von Fragen schwierig und umstritten: Was wird als Weltraumwaffe definiert? Wie könnte ein Vertrag verifiziert werden? Diese Fragen dürften aber kein Grund sein, Vertragsver-

handlungen abzulehnen, sagt der Hamburger Sicherheitsexperte Götz Neuneck:

O-Ton Neuneck

„Es ist ein Fehler des Westens, alle Vorschläge, die von Russland kommen, gleich als abstrus anzusehen. Man sollte Russland vielmehr testen. Das tut man aber nicht mehr. Man stellt fest und verurteilt - wie beim INF-Vertrag. Natürlich bleiben da viele Fragen offen. Aber wenn man überhaupt den Willen hat, kooperativ so etwas auszuarbeiten, wäre man schon einen Schritt weiter.“

Im März haben in Genf Regierungsexperten in einem speziellen Forum darüber beraten, wie ein Rüstungswettlauf im All durch eine vertragliche Vereinbarung verhindert werden könnte. Dieses Gremium war auf Beschluss der UN-Vollversammlung eingesetzt worden. Allerdings gingen die Experten ohne eine Annäherung der Positionen wieder auseinander. Eine Vereinbarung über ein Stationierungsverbot von Waffen im Weltraum ist im Moment offenbar nicht möglich. Daniel Porras vom UN-Institut für Abrüstungsforschung in Genf hält einen Vertrag im Augenblick allerdings auch nicht für besonders dringlich. Denn eine Stationierung von Raketenabwehrwaffen im Weltraum sei noch nicht unmittelbar zu erwarten. Die Technologie sei nicht ausgereift und die Kosten dürften immens sein. Deshalb solle man zunächst kleinere Schritte anstreben, sagt Daniel Porras:

O-Ton Porras (overvoice)

„Vielleicht kann man vereinbaren, gegenseitig keine Satelliten anzugreifen und zu zerstören, die für GPS-Positionsbestimmungen verwendet werden. Oder zumindest könnte man übereinkommen, im Konfliktfall GPS zwar zu blockieren oder zu hacken, aber die GPS-Satelliten nicht zu zerstören. Denn das wäre auch nach einem Ende des Konflikts für die kritische Infrastruktur extrem gefährlich. Und der Schrott im All könnte so groß werden, dass bestimmte Umlaufbahnen nicht mehr benutzbar wären.“

Auch freiwillige und einseitige Maßnahmen der Staaten – wie zum Beispiel ein Informationsaustausch über Satellitenstarts, Satellitenlasten und Weltraumstrategien - könnten helfen, Vertrauen zu schaffen. Dadurch könnte eventuell auch der Weg freigemacht werden für spätere vertragliche Regelungen. Die Chancen würden steigen, wenn sich Staaten wie Deutschland und andere westliche Mittelmächte noch stärker eigenständig positionieren.

Für Laura Grego von der US-Wissenschaftlerorganisation „Union of Concerned Scientists“ kommt diesen Staaten auch eine wichtige Rolle zu, um doch noch ein umfassendes Stationierungsverbot von Waffen im Weltraum zu erreichen:

O-Ton Grego (overvoice)

„Ich denke, Staaten wie Deutschland, Frankreich, Kanada und Großbritannien könnten einen wichtigen Impuls geben. Sie sollten konkrete Veränderungsvorschläge zum russisch-chinesischen Vertragsentwurf machen und ihn nicht einfach ablehnen. Sie könnten zum Beispiel sagen: So sieht unser Vorschlag für die Verifikation aus.“

Doch danach sieht es im Augenblick nicht aus. Rüstungskontrollvereinbarungen für den Weltraum sind nicht in Sicht.

* * *

Flocken

Soweit Jerry Sommer:

Das war's für heute in Streitkräfte und Strategien. Die Sendung können Sie als Podcast herunterladen – unter ndr.de/streitkraefte. Unter dieser Adresse können Sie auch unseren Newsletter abonnieren. Wir schicken Ihnen dann das Manuskript der Sendung per E-Mail zu. Ein schönes Wochenende wünscht Andreas Flocken.